

Sterbehilfe die Rede ist, sondern von *Sterbebegleitung*. Die Vermeidung dieses Wortes zeigt an, daß man Begriffe gescheut hat, die auch nur im entferntesten an eine gezielte Herbeiführung des Todes erinnern können.

Eine ethisch verantwortbare Position

Diskussion und Kritik werden sich vor allem an den gegenüber der 1993er-Richtlinie neuen Punkten entzünden und lassen sich zugespitzt so formulieren: Erstens: Kann und darf bei Schwerstkranken, die sich aber noch nicht im Sterbeprozess befinden, die *passive Sterbehilfe* greifen? (Bislang war passive Sterbehilfe nur erlaubt, wenn das Merkmal der unmittelbaren Todesnähe gegeben war.) In solchen Fällen begrenzt der Entwurf der Richtlinie die Basispflege unter anderem auf „natürliche Ernährung“. Würde dies aber nicht zum Verhungern vieler Patienten führen, oder ist die Ernährung mittels Sonde auch noch zur natürlichen Ernährung zu rechnen? Ein solches Vorgehen sieht ebenfalls die Schweizer Richtlinie vor, und es steht auch nicht im Widerspruch zu dem Urteil des Bundesgerichtshofes.

Zweitens: Kann und darf bei der Behandlung von Neugeborenen mit

„schwersten angeborenen Fehlbildungen“ nach Rücksprache mit den Eltern auf den Einsatz außergewöhnlicher technischer Hilfsmittel verzichtet werden? Im Vergleich zum Behandlungsabbruch beim schwerstkranken Erwachsenen kommt hier erschwerend hinzu, daß es keinerlei Anhaltspunkte für deren mutmaßlichen Willen gibt. Auch ist das Kriterium „schwerste kongenitale Fehlbildung“ nicht eindeutig und interpretierbar. Mit dieser Problematik sahen sich die bereits 1986 aufgestellten und 1992 revidierten „Einbecker Empfehlungen“ über die „Grenzen ärztlicher Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen“ konfrontiert. Jedenfalls urteilte der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages 1992 strenger, als es die genannten Empfehlungen und der Richtlinie-Entwurf vorsehen. Ein Behandlungsabbruch soll, so der Bundestagsausschuß, nur dann zu rechtfertigen sein, wenn der Tod ohnehin unabwendbar ist und alsbald eintreten wird.

Drittens: Wird die *Patientenautonomie* im Hinblick auf den mutmaßlichen Willen und die Erstellung eines Patiententestamentes nicht überbewertet, und wie ist letzterem im klinischen Alltag Geltung zu verschaffen? Wie ist der zum Tatzeitpunkt maßgebliche mutmaßliche Wille des Patienten zweifelsfrei zu ermitteln? Und kann eine

Person in gesundem Zustand schon genau wissen, was sie sich im Moment höchster Lebensgefahr wirklich wünschen würde?

Kritische Stimmen gibt es schon jetzt: Der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, die bekanntlich das freie Verfügungsrecht des Menschen über sein Leben fordert, ist der Entwurf zu restriktiv. Einige Politiker, quer durch die Parteien, sehen in ihm einen *ethischen Dambruch* in Richtung aktive Sterbehilfe. In dieser Pauschalität kann man die Kritik nicht teilen. Sicherlich wird man über einige Stellen (z. B. passive Sterbehilfe durch Nahrungsentzug, Abbruch der Behandlung bei Wachkomapatienten und schwerstgeschädigten Neugeborenen) diskutieren und auch Präzisierungen vornehmen müssen – bislang fehlt auch noch der dringend notwendige Kommentar zur Richtlinie.

Aber aufs Ganze gesehen bemüht sich der Entwurf um eine ethisch verantwortliche Position. Er vermeidet einseitige und extreme Sichtweisen und bezieht in den wesentlichen Fragen (aktive und indirekte Sterbehilfe) klar und eindeutig Stellung. Hierbei hält er die erweiterten Möglichkeiten der modernen Medizin im Blick, berücksichtigt die laufende Fach- und Ethikdiskussion ebenso wie die Vorgaben der Rechtsprechung. J. R.

Grundmuster in Bewegung

Zur derzeitigen Entwicklung der Parteienlandschaft in Europa

Die Parteienlandschaft in Europa ist unübersichtlich wie der Kontinent selbst – politisch, nicht geographisch gesehen. Die Vielfalt wird noch um vieles undurchdringlicher, wenn man Europa nicht auf die Europäische Union beschränkt, sondern einen Blick auf das ganze Europa riskiert, so wie es aus den Umbruchjahren 1989/90 hervorgegangen ist.

Es schält sich, läßt man die Russische Föderation und die GUS-Staaten einmal beiseite, in den *osteuropäischen Reformstaaten* ein ungefähres Grundmuster aus sozialdemokratischen, postkommunistischen, bürgerlich-liberalen, konservativen, christdemokratischen und nationalistischen Par-

teien heraus, das in kleinen Teilen dem Parteigefüge im heutigen Westeuropa, in größeren Teilen und in der Grunddynamik aber eher dem West- und Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit vergleichbar ist.

So gut wie alles ist noch im Fluß, Profil und Struktur der Par-

teien als gesellschaftlicher Transmissionsriemen zu Regierung und Gesetzgebung erweisen sich noch als weitgehend unbestimmt. Ihre inneren Verhältnisse sind vielfach noch ungeklärt. Ihrem politischen Einfluß sind nicht nur dort enge Grenzen gesetzt, wo diverse „Lukaschenkas“ von Weißrußland über die Slowakei *Mečiar*s bis zu den *Tudjman*s und *Milošević*s im ehemaligen Jugoslawien autokratischen Wettbewerb allseits behindern und der Entfaltung pluralistischer Demokratien wenig Spielraum lassen. Auch wo pluralistische Parteiensysteme als im Prinzip funktionierende politische Wettbewerbsformen sich herausgebildet haben, gleichen die einzelnen Parteien mehr lose miteinander verkoppelten Gruppierungen und Bewegungen, die sich in Wahlkoalitionen zusammen tun, als klassische Parteien nach westlichem Muster.

Nicht Parteien garantieren politische Handlungsfähigkeit und Stabilität, sondern die verfaßten Strukturen des politischen Systems; in der Regel eine variantenreiche, aber selten konfliktfreie Mischung aus parlamentarischem und Präzidentalsystem. (Polen liefert in den verschiedenen Entwicklungsphasen der letzten Jahre ein gutes Beispiel dafür.)

Mit dem „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ ist es womöglich noch nichts

Eine schlüssige Programmatik einzelner Parteien muß sich vielfach erst entwickeln. Im allgemeinen sind sie noch mehr Transporteure von Gruppeninteressen und öffentlichen Stimmungen als schon Träger eines konsistenten politischen Handlungswillens, der mehr von der Durchsetzungskraft einzelner Führungspersönlichkeiten als von der demokratischen Meinungsbildung in der Partei selbst abhängt. Für eine breite und bereits stabile Verankerung in der Bevölkerung fehlt fast allen Parteien – von den direkten Erben des früheren Systems abgesehen – eine ausreichend zahlreiche und engagierte Mitgliedschaft.

Ein von internationalen Autoritäten getragener Bericht der Bertelsmann-Stiftung (Central and Eastern Europe on the Way into the European Union, Bertelsmann Foundation Publishers 1996) kommt bezüglich der Konsistenz und Leistungskompetenz der Parteien in Osteuropa zum Schluß, die Parteien entwickelten oft noch wenig Sinn für Kompromisse. Sie würden von der Wählerschaft nur wenig gestützt, und wenn, dann hauptsächlich von solchen Wählerschichten, „which are rather limited in terms of social structures or political culture“. Folglich neigten sie dazu, die Interessen einer schmalen Klientel zu vertreten, was der politischen Willensbildung sehr abträglich sei. Dies gelte ausnahmslos für alle mittel- und osteuropäischen Staaten. Hinzu komme eine noch wenig transparente Parteiengesetzgebung und eine ziemlich undurchsichtige Parteienfinanzierung.

Während im Osten eine demokratische Parteienlandschaft erst im Entstehen ist, geraten die politischen Parteien im Westen unter *zunehmenden Veränderungsdruck*. Dabei ist

nur schwer zu erkennen, was bleibt sozusagen Machtwechselroutine – eine Regierung hat sich verbraucht, die Wahlbevölkerung gibt der Opposition eine Chance – oder wo kündigen sich größere tektonische Verschiebungen an und wo ist mit neuen bislang übersehenen oder unterschätzten Entwicklungen zu rechnen.

Nicht einfach zu deuten sind allein schon die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in *Großbritannien* (1. Mai) und in *Frankreich* (25. Mai und 1. Juni). Dabei springen neben den Ähnlichkeiten krasse Unterschiede in den Umständen der Wahlen wie im Profil der beiden siegreichen Gruppierungen in die Augen.

In beiden Ländern wurde eine bürgerlich-konservative Regierung durch eine sozialdemokratische resp. sozialistische Mehrheit ersetzt. Aber während *Tony Blair* als wirtschaftsfreundlicher sozialdemokratischer Reformator antrat, verkörpert der neue französische Ministerpräsident *Lionel Jospin*, bei anerkannt hoher persönlicher moralischer und politischer Integrität eher den Typ des „Staatssozialisten“ traditionellen Typs. Und für Großbritannien wurde die Ablösung der Tory-Regierung unter John Major durch Tony Blairs „New labour“ allgemein erwartet und angesichts des Führungscharmas des seit 1812 jüngsten neuen Premierministers enthusiastisch gefeiert. Der Sieg der Sozialisten in Frankreich mit ihrem grünen, radikalsozialistischen (linksbürgerlichen) und kommunistischen Verbündeten dagegen kam trotz kontinuierlicher Zuwächse für die Linke in den demoskopischen Umfragen vor dem ersten Wahlgang zunächst jedenfalls völlig überraschend. Erst in der Woche vor dem zweiten Wahlgang wurde mit der Möglichkeit eines Sieges der Linken überhaupt gerechnet, aber auch da noch nicht mit einem so eindeutigen Sieg, wie er dann am 1. Juni eintrat (319 Parlamentssitze für die Linke, nur 258, einschließlich eines Abgeordneten von Le Pens „Front national“, für die bürgerlichen und gaullistischen Mitte-Rechts-Gruppierungen).

Erklären sich die beiden Macht- bzw. Regierungswechsel jenseits und diesseits des Ärmelkanals nur aus der speziellen Situation der beiden Länder? In England wurde eine nach 18jähriger Regierungszeit verbrauchte, in sich zerstrittene und durch Skandale in Mißkredit geratene konservative Regierung trotz beachtlicher aktueller Wirtschaftsdaten (Wirtschaftswachstum bei 3,5, Arbeitslosigkeit bei „nur“ 6,2 Prozent) von einer in den letzten Oppositionsjahren unter neuer Führung regenerierten „britischen“ Sozialdemokratie abgelöst, die die von den Konservativen durchgesetzten Reformen nicht umkrepeln, wohl aber durch sozial- und bildungspolitische Maßnahmen ergänzen und korrigieren wollte. In Frankreich wurde ein nicht mehr wie zu Mitterrands Zeiten scheinbar allmächtiger Staatspräsident, der der Bevölkerung unfreundliche Sparmaßnahmen und dazu einen unpopulären Regierungschef zumutete, zur „Bestrafung“ in eine „Kohabitation“ mit seinen politischen Gegnern gezwungen.

Ist das aber schon eine hinreichende Erklärung? Oder sagen

die Ergebnisse in England und Frankreich doch etwas Gemeinsames aus, was für Gesamteuropa Bedeutung haben kann? Tendiert die Bevölkerung womöglich doch in eine andere Richtung, als sie der soziale Totschlagjargon von Globalisierung, Standortwettbewerb, Shareholder values etc. nahelegt? Den forschenden neoliberalen Verkündern „des Endes des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ müssen jedenfalls solche Präferenzen der Bevölkerung paradox vorkommen: Überall sind Deregulierung und freie Marktwirtschaft (letztere ohne das großgeschriebene Adjektiv sozial) Trumpf. So gut wie niemand, der auf „Political correctness“ hält, scheint die Spielregeln einer weltweit explodierenden Wettbewerbswirtschaft in Frage zu stellen. Alle sprechen von der Informationskraft des Marktes und fordern den schlanken Staat.

Aber in der Stunde der Wahrheit an der Wahlurne geben Menschen offensichtlich doch eher Parteien den Vorzug, die wenigstens im Prinzip und nach ihrer Tradition für eine „sozialere“ Politik eintreten und selbst Verschuldungsausweitung und staatliche Arbeitsmarktpolitik so schlecht gar nicht finden. Ist da bei den Wählermassen nur die Angst vor Arbeitsplatzverlust am Werk auch bei denen, deren Arbeitsplätze einigermaßen sicher sind? Wird da nur gegen die Beschneidung von Besitzständen protestiert? Erklärt sich das Wahlverhalten aus der Sorge, unter die Modernisierungsoffer zu geraten? Oder will man spürbare Gegengewichte gegen neoliberale Markt- und Rationalisierungsstrategien setzen?

Europa ist und bleibt rötlich eingefärbt

Die EU ist zur Zeit großflächig sozialdemokratisch eingefärbt. In keinem nordischen Land konnten sich bürgerlich-konservative Regierungen längere Zeit halten. In allen skandinavischen Staaten regieren derzeit wieder Sozialdemokraten. In Portugal stellen die Sozialisten den Präsidenten und die Regierungsmehrheit. In Griechenland hat Ministerpräsident *Konstantin Simitis* als (gemäßigter) sozialdemokratischer Nachfolger des populistischen Sozialistenführers *Andreas Papandreu* in einer für ihn besonders schwierigen Wahl sich erstaunlich gut behauptet.

In Italien kam bei den Aprilwahlen 1996 ein von außen von den Altkommunisten parlamentarisch gestütztes Linksbündnis unter dem Emblem des „Ulivo“ (des Ölbaums) unter Führung des christlich-sozialen Wirtschaftsprofessors *Romano Prodi* und mit der zur sozialdemokratischen Reformpartei mutierten ehemals kommunistischen PDS als tragender Kraft an die Regierung. Der Wahlsieg des „Ulivo“-Bündnisses kam damals in Italien kaum weniger überraschend als jetzt die neue Linksmehrheit in Frankreich unter Jospin. Und die linke Mehrheit scheint, die zeigten die Teilkommunalwahlen im April dieses Jahres, bei denen immerhin ein Fünftel der italienischen Bevölkerung zu wählen hatte, sich trotzdem unpopulärer Zusatzsteuern und gleich-

zeitigen Kürzungen im Sozialbereich einstweilen gut zu halten. Auch in Österreich konnte bei den letzten Nationalratswahlen im Dezember 1995 die ÖVP mit einer wirtschaftsfreundlichen Sparpolitik gegen den größeren sozialdemokratischen Koalitionspartner keinen Stich machen. Auch dort legten die Sozialdemokraten überraschend zu (von 65 auf 71 Sitze).

Nur Spanien setzte mit dem Sieg des konservativen Partido Popular unter *José Maria Aznar* am 3. März vorigen Jahres einen Gegenakzent und vertrieb die in den Geruch tiefer Korruption geratenen Sozialisten nach dreizehn Jahren Regierung von der Macht. Neben Spanien bleibt in Kontinentaleuropa nur noch Deutschland die große Ausnahme als einstweilen noch christdemokratisch-liberal regiertes Land. Und selbst bei Deutschland sind Einschränkungen zu machen. Zum einen wegen der sehr knapp gewordenen Mehrheit im Bundestag, zum anderen wegen der sozialdemokratischen Mehrheit im Bundesrat. Und nicht zu vergessen, die Sozialdemokraten stellen in neun von sechzehn Bundesländern den Ministerpräsidenten und sind in drei weiteren Bundesländern (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen) Regierungspartner in großen Koalitionen mit Christdemokraten.

Mit einigem Stolz konnten die kurz nach den Frankreichwahlen im schwedischen Malmö zum „Dritten Kongreß der sozialdemokratischen Parteien Europas“ versammelten Spitzenpolitiker und -funktionäre sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien feststellen, Sozialdemokraten und Sozialisten saßen zur Zeit in dreizehn von fünfzehn Mitgliedsstaaten der EU mit in der Regierung und stellten in neun von dreizehn Mitgliedsstaaten den Regierungschef. (Die Rechnung stimmte allerdings schon Tage später nicht mehr ganz, da die Iren noch in der ersten Juniwoche die linksbürgerlich-sozialdemokratische Koalition unter Ministerpräsident *John Bruton* durch eine Mitte-Rechts-Formation unter *Bertie Ahern* ersetzen. Da aber die Iren jedes Mal die jeweils regierende Mehrheit abwählen, ändert auch dieser „Gegenzug“ am Gesamtbild wenig.)

Der Osten zwischen demokratischen Reformern und zur Marktwirtschaft bekehrten Sozialisten

Ist das trotzdem alles nur „linke“, sozialdemokratische Zwischenkonjunktur, die vom nächsten Gegenwind weggeweht wird, so nach der Einschätzung: im Zeichen einschneidender ökonomischer Veränderungen wählt man vorzugsweise die Partei, die am ehesten soziale Sicherheit bietet und die größten Auswüchse marktradikaler Rücksichtslosigkeit vermeiden hilft? Oder steht dabei doch auch ein bestimmtes Gesellschaftsmodell zur Entscheidung: Globales Wirtschaften, ja, aber nicht ohne Regeln; Gesellschaft der Selbständigkeit ja, aber mit sozialer Abfederung; Primat der Politik gegenüber der Unternehmenswirtschaft und den Banken. Noch auffallender als die sozialdemokratische Einfärbung

der EU-Mitgliedsländer ist allerdings die Selbstbehauptung und teilweise Wiederkehr reformkommunistischer wie altkommunistischer Parteien, und zwar in Ost und West.

In *Polen* regiert seit den Sejm-Wahlen im September 1993 ein Linksbündnis aus SLD (der Nachfolgeorganisation der früheren kommunistischen „Partei der Arbeit“) und der Bauernpartei (PSL). Im November 1995 löste der aus der kommunistischen Partei der Arbeit stammende *Aleksander Kwaśniewski* Lech Walesa im Amt des Staatspräsidenten ab. Damit hat Polen die einst glorreichen *Solidarność*-Zeiten erkennbar hinter sich gelassen. Die aus der katholisch inspirierten Widerstandsgewerkschaft *Solidarność* hervorgegangenen politischen Gruppierungen, zusammengehalten von Anfang an weniger durch ein gemeinsames Programm als hauptsächlich durch die Gegnerschaft zum kommunistischen Regime, driften inzwischen weit in sozialdemokratische, katholisch-klerikale, bürgerlich-liberale und nationalistische Richtungen auseinander.

Zu den Wahlaussichten der „Wahlaktion *Solidarność*“ (AWS), als der aus *Solidarność*-Kräften hervorgegangenen Sammelbewegung bei den im kommenden September stattfindenden nächsten Sejm-Wahlen heißt es in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Der bisherige Erfolg der Wahlaktion... scheint darin zu gründen, daß sie bisher weder Kandidaten benannt noch ein Programm vorgelegt hat, somit von einer unklar definierten *Solidarność*-Nostalgie zehren und alle Arten von Protestsympathien anziehen kann. Dies nährt den Streit in der polnischen Presse darüber, ob ein Wahlerfolg der AWS Hoffnungen für die politische Zukunft erlaubt oder eher diese bedroht.“ Dennoch schließt dieselbe Studie eine nach den nächsten Sejm-Wahlen mehrheitsfähige Koalition aus AWS, der „Bewegung für den Wiederaufbau Polens“ und der PSL oder an Stelle der PSL mit der nationalkonservativen, aber marktwirtschaftlich orientierten „Union der Freiheit“ nicht aus.

In der *Slowakei* verfügt eine Koalition aus ehemaligen Kommunisten und noch vom Geist des Regimes vordemokratisch geprägten Nationalisten unter *Wladimir Mečiar* nach wie vor über eine die Opposition aus Christdemokraten und demokratischer Linke strangulierende Mehrheit. In Slowenien und Kroatien sind Postkommunisten an der Macht. In Ungarn wurde nach der verheerenden Wahlniederlage des „Demokratischen Forums“ im Mai 1994 eine Koalition aus postkommunistischen Sozialisten und dem „Bund freier Demokraten“ unter dem Sozialisten und einstigen reformkommunistischen Außenminister zur Wendezeit, *Gyula Horn*, gebildet.

Es gibt auch Gegenbeispiele mit unterschiedlicher Aussagekraft, in den baltischen Ländern z. B. (Wechsel zwischen Nationalkommunisten und Bürgerlichen in Litauen, bürgerliche bzw. Mitte-Rechts-Regierungsmehrheiten in Estland und Lettland). Und die mehrere Balkanstaaten erschütternden Protestbewegungen des letzten Herbstes und Winters haben mit Ausnahme (bislang) Serbiens die alt- und postkommunistisch eingefärbten Regierungen in den anschließenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hinwegge-

fehrt. Es ist dabei aber zu bedenken, daß *Rumänien* unter *Ion Illiescu* zwar pluralistisch repräsentiert und im Ansatz auch pluralistisch regiert wurde, daß das Land seine nationalkommunistische Vergangenheit aber erst mit dem Wechsel von Illiescu zu Constantinescu und der aus den November-Wahlen 1996 hervorgegangenen nichtsozialistischen demokratischen Mehrheit abgestreift hat.

Und in *Bulgarien* war eine „bürgerliche“ Koalition 1992 nach kurzer Regierungszeit schon einmal am postkommunistischen Gegner und an der eigenen Uneinigkeit gescheitert. Der überwältigende Sieg, zunächst von Staatspräsident *Petar Stojanow* im November 1996 und dann der „Union der demokratischen Kräfte“ bei den Parlamentswahlen im vergangenen April, bringt das Land zwar in eine neue, garantiert demokratische Ausgangslage, aber ob und wie lange sich die neue Mehrheit angesichts der katastrophalen Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungslage behaupten bzw. ob sie diese dauerhaft wenden kann, muß sich erst zeigen.

Nur in *Tschechien*, das auch in seiner Parteienstruktur westlichen Mustern am nächsten kommt, hat sich die liberaldemokratische ODS unter Ministerpräsident *Václav Klaus* als Regierungspartei bislang gehalten (gegenwärtig in Koalition mit der Bürgerallianz ADO und der christdemokratischen KDU-ČSL). Aber seit der Wahl vom 1. Juni 96 gibt es faktisch einen labilen Gleichstand zwischen der Koalition und Klaus und den von den Sozialdemokraten angeführten Oppositionsgruppen. Da sich Tschechien, bedingt auch durch eine zu ungeordnete Privatisierungspolitik, inzwischen in einer wirtschafts- und finanzpolitischen Krise befindet, kann es auch dort bald zu einem Wechsel in Richtung sozialistischer Mehrheit kommen.

Selbst Altkommunisten halten sich gut

Daß es in den östlichen Ländern zu wechselnden Renaissance- oder postkommunistischer Parteien aus dem Erbe des früheren Regimes kommt, ist allerdings weniger überraschend, als es auf den ersten Blick erscheint, und auch nicht, daß die aus dem Protest von 1989 hervorgegangenen politischen Formationen in einem zweiten oder dritten Wahlgang wieder von „sozialistischen“ Mehrheiten abgelöst werden. Umbruchzeiten sind Verunsicherungsphasen. Der Zusammenbruch des alten Systems fordert gewaltige Opfer. Die Segnungen der Marktwirtschaft lassen auf sich warten. Die sozialen Gegensätze verstärken die Spannungen auch unter den sozialen Reformbewegungen, und mit politischer Aufräumarbeit allein sind beim Wähler keine Lorbeeren zu gewinnen. Und Kader des alten Systems konnten sich unter den neuen Bedingungen politisch wie wirtschaftlich schneller und leichter zurechtfinden als vom System kurz- und unerfahren gehaltene „sozialistische“ Durchschnittsbürger. Mit der zeitlichen Entfernung vom einstigen System sieht man auch wieder stärker dessen positive Seiten und neigt dazu, die negativen auszublenden. Man stellt die alten, vom

System gewährten Sicherheiten den neuen Unsicherheiten gegenüber und lernt posthum den kommunistischen „Versorgungsstaat“ schätzen, und zwar möglicherweise um so mehr, je eindeutiger man der Gefahr enthoben ist, dessen Wiederkehr noch einmal fürchten zu müssen.

Nicht zuletzt daraus erklärt sich auch der Rückhalt, den die PDS als postkommunistische Nachfolgepartei der SED mit ihrem versorgungsstaatlichen Stallgeruch bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bindet. Sie liegt in Umfragen stabil bei 20 bis 25 Prozent in Gesamtdeutschland. Mit ihrem Wiedereinzug auch in den nächsten Bundestag nach den 98er Wahlen ist mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen. Und da die deutschen Sozialdemokraten angesichts ihrer eigenen konstitutionellen Ostschwäche die lästige PDS-Konkurrenz nicht aufzusaugen vermögen, werden sie sich früher oder später – über Sachsen-Anhalt hinaus – nolens volens mit ihr verbinden.

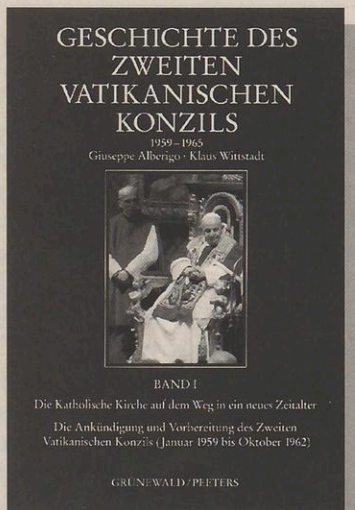
Viel rätselhafter als die postkommunistischen Renaissancen in osteuropäischen Reformstaaten muß Europäern der politischen Mitte die beachtliche Selbstbehauptung und der (relative) Erfolg altkommunistischer Parteien vor allem im Westen erscheinen. Das Phänomen beschränkt sich zwar auf Süd- und Westeuropa, damit auf Länder, wo kommunistische Parteien traditionell stark verankert waren. Aber dort

bleibt das Phänomen flächendeckend: von Griechenland bis Portugal, von Italien über Spanien bis Frankreich haben sich altkommunistische Parteien auch noch bei Wahlen in den 90er Jahren mit einem Stimmenanteil von zwischen fünf und zehn Prozent behauptet.

In Italien erreichte die „Rifondazione comunista“ *Fausto Pertinotti* und *Armando Cossutta* bei den Parlamentswahlen im April 1996 8,6 Prozent der nach dem Verhältniswahlrecht ausgezählten Stimmen; ihre „Genossen“ sitzen mit 35 Vertretern in der Abgeordnetenkammer. In Frankreich gewannen sie bei den Mai/Juni-Wahlen im Bündnis mit den Sozialisten insgesamt 38 Sitze. Dort behaupten sich die Reste der bis zum Ende der Sowjetunion moskautreuen einst stimmenstarken KPF. „Rifondazione“ in Italien dagegen ist zu verstehen als Reaktion auf den Wandel der ehemaligen Eurokommunisten zu einer sozialdemokratischen Partei westlichen Typs. Ein beachtlicher Teil gestandener Altkommunisten wollte den Wandel von der KPI zur PDS (Partei der demokratischen Linken) nicht mitmachen und gründete „ihre“ kommunistische Partei neu. Alle altkommunistischen Parteien haben inzwischen zwar die Diktatur des Proletariats als revolutionäres wie als ideologisches Ziel aufgegeben, Altkommunisten strahlen besonders in Italien freundliche Bürgerlichkeit aus, betonen aber die Kontinuität zu

Band 1
jetzt
lieferbar!

Ein internationales Standardwerk in fünf Bänden



Geschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils (1959–1965)

Band I: Die katholische Kirche auf dem Weg in ein neues Zeitalter
Die Ankündigung und Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils
(Januar 1959 bis Oktober 1962)

In fünf Bänden hat ein internationales und ökumenisches Team von Fachleuten die Geschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils umfassend aufgearbeitet. Von dem Werk, das gleichzeitig in sechs Sprachen erscheint, liegt nun der erste Band in deutscher Sprache vor. Er rekonstruiert die Vorgeschichte des Konzils von der Ankündigung durch Papst Johannes XXIII. bis zum Vorabend der Konzilsöffnung.


Die AutorInnen greifen nicht nur auf offizielle Quellen wie das vatikanische Konzilsarchiv zurück, sondern ebenso auf inoffizielle, individuelle und kollektive Zeugnisse, auf die mündlichen Berichte von Zeitzeugen. Bislang unbekannte Aspekte der Geschichte der Konzilsvorbereitung werden dadurch zutage gefördert und führen zu neuen historischen Bewertungen.

Ein unverzichtbares Grundlagenwerk für das Ereignis, das die katholische Kirche in diesem Jahrhundert am nachhaltigsten geprägt hat!

Hrsg.: Giuseppe Alberigo / Klaus Wittstadt (dt. Ausgabe)

592 S. Ln. DM 98,- / ÖS 715,- / SFr 93,-
ISBN 3-7867-1946-2

Subskriptionspreis bei Bezug aller 5 Bände:
DM 83,- / ÖS 606,- / SFr 78,-

Matthias-Grünwald-Verlag · Mainz 

früher und haben weder Klassenkampf- noch Kadermentalität abgestreift.

In Frankreich wie in Italien sind sie nicht ohne politischen Einfluß. Dieser dürfte in Italien, wo sie das Ulivo-Bündnis von außen, aber jeweils zu den eigenen Bedingungen stützen, zur Zeit sogar größer sein als in Frankreich, wo sie seit der Regierungsbildung unter Jospin mit zwei Ministern (Verkehr, Jugend und Sport) am Kabinetttisch sitzen. Rifondazione erweist sich zum einen als ernsthafte Konkurrenz zur PDS, die, soweit sie unaufschiebbare Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen verantwortlich mitträgt, Stimmen an die Altkommunisten vor allem unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu verlieren droht. Und bisher vermochte Rifondazione alle wirklich einschneidenden sozialpolitischen Reformen (Renten!) zu bremsen. Erst in allerjüngster Zeit scheint etwas Bewegung in ihre eisenharte Strategie zu kommen.

Warum sich kommunistische Parteien im Westen auch nach dem Ende der Sowjetherrschaft behaupten? Zum einen spricht dafür die „historische“ Verankerung in einer kompakten Wählerschaft, zum andern erleichtert ihnen der Zusammenbruch des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus die Argumentation: Sie müssen sich nicht mehr dagegen verteidigen, Handlanger eines auf Weltherrschaft zielenden totalitären Systems zu sein, dafür können sie sich als Protestparteien um so vorbehaltloser der eigenen Klientel widmen.

Kein Aufschwung für Christdemokraten

Keinen europaweiten neuen Aufschwung dagegen erleben nach dem Ende des Kommunismus und der Militärblocke die christlich-demokratischen Parteien. Sie sind zwar unter dem Dach der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) im Europäischen Parlament mit 172 Sitzen zweite Kraft hinter den Vertretern sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien (221 Sitze), als staatstragende politische Kraft sind die Christdemokraten aber im wesentlichen nur eine mittlereuropäische Größe, ein Schicksal übrigens, das sie mutatis mutandis mit den Grünen verbindet. Sie stellen nur noch in drei Ländern den Regierungschef (in Deutschland, in Belgien, in Luxemburg; in Belgien in einer großen Koalition mit flämischen und wallonischen Sozialisten).

In Österreich hat es auch in der Nach-Kreisky-Ära für die konservativ-christdemokratische ÖVP immer nur zum Juniorpartner in einer Koalition mit der SPÖ gereicht, während der Rechtspopulist *Jörg Haider* immer stärker in nationalgesinnte bürgerliche Schichten eindringt. In der Schweiz rangiert – bei sinkender Tendenz – die CVP erst an dritter Stelle hinter Sozialdemokraten und Freisinnigen. Der CDA in Holland ist nur noch eine 25-Prozent-Partei. In keinem der osteuropäischen Reformländer sind Christdemokraten mehrheitsfähig geworden, mit einer gewissen Ausnahme vielleicht in Bulgarien, wo innerhalb der „Union demokratischer Kräfte“ Christdemokraten führend sind. In

fast allen ehemals kommunistisch regierten Ländern erreichen christdemokratische Wähleranteile bzw. Parteien, die sich ausdrücklich auf eine christdemokratische Programmatik berufen, durch die Bank nur skandinavische Größenordnungen (zum Vergleich: in Schweden sitzen z.Z. 15 christdemokratische Abgeordnete im Parlament, in Norwegen 13, in Tschechien 18, in der Slowakei 17, in Litauen 16).

In Italien sind von der alten DC, die über 45 Jahre als Partei der relativen Mehrheit ohne echte Ablösealternative regierte und in der Zeit des kalten Krieges wie auch noch in den Jahren des Eurokommunismus den Kommunisten den Zutritt zur Regierung versperren konnte, nur noch nach Mitte-Links und Mitte-Rechts gestreute Splitter übriggeblieben, die zusammen nicht einmal zehn Prozent der Stimmen der Wahlbevölkerung für sich gewinnen können. Ihr politischer Einfluß ist bescheiden; ihre Fähigkeit zu einer sozialstaatliche Vorsorge und politische Institutionen einbeziehenden Reformpolitik noch bescheidener. Das Projekt einer neuen politischen Mitte unter christdemokratischer Führung bleibt eine Fata Morgana politischer Träumer. Auch ein wirksames christdemokratisches Gegengewicht zur PDS auf der linken Mitte ist nicht in Sicht.

Die Gestalt des aus christlich-sozialem Gedankengut kommenden Ministerpräsidenten und Ulivo-Leitbild Romano Prodi verdeckt noch ein wenig den endgültigen Machtverlust der Christdemokraten als Volkspartei und macht den Übergang zum neuen „bipolarismo“ von rechts und links etwas weniger scharfkantig.

Werden die christlichen Demokraten in Europa also zu einem auslaufenden Modell? Obwohl die Verhältnisse von Land zu Land, von Europa-Region zu Europa-Region zwischen Mittel-, Ost- und Südeuropa höchst verschieden sind, muß die Frage gestellt werden. In den östlichen Ländern fehlt nach fast 50 Jahren sozialistischer Erziehung die Ausgangsbasis für einen breiten politischen Konsens auf christlicher Grundlage. Im Westen haben lange Regierungszeiten die moralischen und impulsgebenden Kräfte aufgezehrt oder im täglichen Zwang zum Pragmatismus zumindest die Bindung an das christliche Ethos gelockert. Vermutlich also werden Christdemokraten gesamteuropäisch, wenn auch geschwächt, in zwei Modellen weiter präsent sein: als Minderheitsparteien auf weltanschaulicher Grundlage und als bürgerlich-konservative liberale und soziale Elemente pragmatisch integrierende Volksparteien, aber mit nur noch vagem Rückbezug auf ein christliches Menschenbild.

Gehen wir einer „Irlandisierung“ entgegen?

Parteien sind tragende Bauelemente einer jeden demokratisch verfaßten Gesellschaft. Sie konstituieren und sichern den politischen Wettbewerb. Sie sind herausgehobene Träger der politischen Meinungsbildung. Sie sind Organe der Machtausübung und im parlamentarischen Kräftemessen zugleich Instrumente der Machtkontrolle. Sie stellen das

politische Führungspersonal. „Ohne Parteien ist eine demokratische politische Ordnung nicht funktionsfähig“ (Konrad Hesse).

Das gilt auf Europa bezogen sowohl für die einzelnen Länder (Staaten) wie für die im Entstehen begriffene gesamteuropäische politische Gemeinschaft gleichermaßen. Deswegen verdienen neben den Stärken und Schwächen der einzelnen politischen Formationen und der sie bedingenden Entwicklungstrends gerade im Blick auf den gesamteuropäischen Einigungsprozeß drei Gesichtspunkte besondere Aufmerksamkeit. 1. Das geringe Zutrauen der Bevölkerung zu den politischen Parteien, 2. Zwei- oder Vielparteiensystem?, 3. die neu auftretenden politischen Wettbewerber und die von ihnen verkörperten Trends.

Zum ersten: Ohne generell in das Klageglied von der wachsenden Parteienverdrossenheit einstimmen zu wollen, wird man sagen müssen, daß die Aufgabe der Parteien als Konstrukteure und Transmissionsriemen politischer Entscheidungen schwieriger geworden ist, die Zustimmung von Wählerschaften immer schwerer zu gewinnen und vor allem leichter zu verlieren ist und das Vertrauensverhältnis zwischen Parteien und Wählerschaft emotional wie funktional gestört ist. Grund dafür sind zum einen die schwindenden Möglichkeiten, individualisiert pluralistische Meinungsbilder mit ihren auseinanderlaufenden, teils sachlich, teils emotional bedingten Sichtweisen auf politische Entscheidungen hin zu integrieren.

Daran ist nicht allein die system- und verfahrensbedingte Distanz zwischen Alltagswelt und politischer Organisation schuld. Es fehlen dafür auch die auf das Ganze der Gesellschaft und ihre Entwicklungschancen gerichteten *Konzepte und Leitbilder*. Ideologien als einheitsstiftende Modelle der Weltdeutung haben angesichts der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit kaum noch Erklärungswert und scheiden deshalb als Integrationshilfen aus. Das wirft die Parteien zurück auf die Bündelung organisierter, aber weit auseinander liegender Interessen. (Auch Volksparteien müssen ihre Klientel bedienen!) Mit dem Bestreben, möglichst viele Einzelinteressen zu befriedigen, wächst aber das Unbehagen der vielen, deren Interessen damit nicht oder erkennbar nachteilig getroffen sind.

Zum anderen steigen in Umbruchzeiten mit hohem Entwicklungstempo und breitem Innovationsbedarf die Anforderungen an das Konzeptionsvermögen, die Handlungstransparenz und die Entscheidungsfähigkeit politischer Parteien geradezu exponentiell. Aber anstatt daran Kraft zu gewinnen, wird Politik im Spagat von Innovationsbedarf, Interessenbündelung und handlungsintegrativer Meinungsbildung zum Treibmuster der Verhältnisse. Man ist auch bei weitreichenden Entscheidungen und bei Entscheidungsvorbereitungen gezwungen, auf Sichtweite zu fahren, wobei der Gedanke an den jeweils nächsten Wahltermin das Blickfeld zusätzlich einengt.

Das steigert die Enttäuschbarkeit. Viele Ursachen dafür sind zwar in Ost und West verschieden, in den östlichen Reform-

staaten machen die noch geringe Konsistenz des Parteiengefüges und die nichteinlösbaren Erwartungen in rasche wirtschaftliche Konsolidierung und in die Stabilisierung der politischen und sozialen Ordnung zu schaffen. Auch die Erfahrungen mit dem alten System machen die Bevölkerung Parteien gegenüber, die Ziel und Form vielfach erst finden müssen, nicht geneigter. Im Westen drücken der Reformstau und der Schmerz über die mit den Reformen und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verbundenen Opfer gleichermaßen. Dem gerecht zu werden fällt, bei allen Unterschieden im Führungspersonal und in der Programmatik von Parteien, jeder Parteienkonstellation schwer.

Die Wirkung indessen ist in Ost und West vielfach die gleiche. Vertrauen ist rasch verbraucht. Es kann also durchaus sein, daß wir einer „Irlandisierung“ Gesamteuropas entgegengehen: Parteien, die heute ihren Wahlsieg feiern, werden morgen wieder abgewählt; der Regierungswechsel von Wahlperiode zu Wahlperiode wird zur Regel, Langzeitregierungen zur immer selteneren Ausnahme.

Zum zweiten: Zweiparteien- oder Vielparteiensystem? Auch da gibt es interessante Entwicklungen, die aber ganz offensichtlich nicht ans Ziel kommen. Das Spektrum zwischen beiden Polen ist breit und schillernd. Vom verdeckten Einparteiensystem (in einigen Ostländern, Mehrheitsdiktaturen) über das Zwei-, Drei-, Mehr- und Vielparteiensystem bis zur Allparteienregierung in der Schweizer Konkordanzdemokratie gibt es alles. Nur das „reine“ Zwei-Parteien-System gibt es auf parlamentarischer Ebene nicht einmal in Großbritannien. Das „reine“ amerikanische System hat in Europa bislang keine Nachahmer gefunden. Aber es gibt Konzentrationszwänge gegen eine unbegrenzte Parteienvielfalt durch 3-, 4-, 5-Prozent-Klauseln inzwischen in beträchtlich vielen Ländern. Und es gibt, in der Regel in Verbindung mit dem Mehrheitswahlrecht, Annäherungsversuche an ein Zwei-Parteien-System durch die Bildung von Wahlkoalitionen.

Solche Bemühungen haben allerdings weder im Frankreich der Fünften Republik noch bislang in Italien die Zahl der Parteien verringert. Der ersehnte „bipolarismo“ bleibt in einem komplizierten Geflecht linker und rechter Koalitionen und Unterkoalitionen stecken. Die Vielfalt ist dabei eher größer denn kleiner geworden. Dabei bleibt Italien nur ein besonders herausragendes Beispiel einer komplizierten Gesamtlage: Das in die Wählerpsyche tief eingegrabene Mißtrauen gegen Parteiherrschaft verhindert nicht nur absolute Mehrheiten, sondern führt zu allen möglichen Varianten der Machtteilung: über Koalitionen in Parteien und zwischen Parteien, über die Bindung von Großparteien an Mehrheitsbeschaffer, über unterschiedliche Mehrheiten im Zwei-Kammer-System, über „Kohabitationen“ (man verordnet einem kompetenzstarken Staatspräsidenten eine gegenwärtige Regierungsmehrheit). Für eine effektive Kontrolle der Macht, meint man, sei so besser gesorgt. Aber der Transparenz und der Effizienz des Regierens dient es nicht.

Zum dritten: die neuen Wettbewerber. Man denkt dabei zunächst an die *Grünen*. Sie freilich sind längst aus Protest-

bewegungen zu Normalparteien geworden und streben (trotz, europaweit gesehen, noch schwachem Wählerückhalt; in der osteuropäischen Parteienlandschaft ist viel Rot, Rosa, Blau, Grau und auch Schwarz, aber die Farbe Grün fehlt dort fast ganz) in die Regierung oder sind bereits darin vertreten (in Italien, jetzt auch in Frankreich). Sie sprengen den demokratischen Rahmen nicht.

Wer vom Scheitern der europäischen Integration profitieren würde

Kopfzerbrechen machen indessen die neuen nationalistischen Bewerber von rechts: die Haider in Österreich, die Le Pens in Frankreich, die Blochers in der Schweiz und, in nur geringem Abstand zu diesen, die Finis (Postfaschisten) und Bossis (die Lega mit ihrem sezessionistischen Aktionismus) in Italien. Noch vermögen Rechtsradikale und nationalpopulistische Strömungen in Europa nur marginal zu beeinflussen, aber sie agieren in der Nach-89er-Ära auf einem sie sehr begünstigenden Humus. Im Osten ringen die Staaten noch vielfach um ihre Selbstfindung; das Nationale erscheint als natürliche Antwort auf vergangene Unterdrückung; und auch die Angst vor *westlicher* Überfremdung ist weiter im Wachsen. Im Westen bieten rechtsradikalen Parteien neben verdeckter bis offener Fremdenfeindlichkeit und instinktiver Abwehr „drohender“ Multikulturalität die bürokratischen

Verspannungen in der öffentlichen Verwaltung, die Verunsicherung vieler Menschen durch Alltags- und organisierte Kriminalität, der Verdacht der Korruptierbarkeit der politischen wie der wirtschaftlichen Eliten und die in erster Linie den staatstragenden Parteien zur Last gelegte Innovationsunfähigkeit ideale Angriffsflächen. Wo nacheinander sowohl konservative wie linksbürgerliche oder sozialdemokratische Formationen die Wählerschaft enttäuschen, weil sie an den notwendigen Reformen scheitern, könnte der Zulauf zu den neuen Radikalen von rechts noch sehr viel größer werden.

Und auch hier gilt: „Les extrêmes se touchent“. Deswegen gilt es auch deren Visavis am anderen Ende des Spektrums im Auge zu behalten: Die Altanbieter am linken Rand, die der Diktatur des Proletariats abgeschworen haben, aber ihren kommunistischen Überzeugungen und Taktiken treu geblieben sind. Beide – neue Nationalisten wie Altkommunisten – verstehen es bestens, bei den Opfern sowohl unterbliebener wie durchgeführter Reformen Ressentiments zu wecken bzw. zu verstärken. Beide sind erklärte Gegner der europäischen Integration und fügen sich dem Integrationsprozeß höchstens taktisch. Sollte dieser wegen des Nicht-zurecht-Kommens nationaler Regierungen mit ihren eigenen Problemen ins Stocken geraten oder gar scheitern, so kann man sich gut ausmalen, wer von einer dann unvermeidlichen gesamteuropäischen Krise am meisten profitieren würde.

David Seeber

„Kein Konsens über die Jugendarbeit“

Ein Gespräch mit dem Religionspädagogen Werner Tzscheetzsch

Die Veränderungen in der Lebensplanung, den Problemlagen und Grundhaltungen der jungen Generation stellen auch die kirchliche Jugendarbeit vor immer neue Herausforderungen. Zur künftigen inhaltlichen wie organisatorischen Gestaltung der kirchlichen Jugendarbeit, zu ihrem Stellenwert und ihrer Funktion innerhalb der Kirche befragten wir den Freiburger Religionspädagogen und Berater der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Werner Tzscheetzsch. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Tzscheetzsch, trotz der Häufung von Jugendstudien in den letzten Jahren entziehen sich Lebenswelt, Einstellungen, Grundhaltungen und Ziele der heutigen Jugend eindeutiger Beschreibung und Definition. Die kirchliche Jugendarbeit, kann jedoch auf solche Diagnosen schlechterdings nicht verzichten. Welche Ergebnisse der aktuellen Jugendforschung müssen den Verantwortlichen zu denken geben? Wo zwingen gesellschaftliche Veränderungsprozesse auch die kirchliche Jugendarbeit zum Umdenken?

Tzscheetzsch: Grundsätzlich darf nicht übersehen werden, daß die Jugendforschung – obwohl dies gerade von ihr er-

wartet wird – kaum prognostische Kompetenz besitzt. Die verschiedenen Jugenduntersuchungen lassen sich nur ganz schwer als Prognoseinstrumente handhaben. Es sind zeitdiagnostische Momentaufnahmen, die sehr schnell überholt sein können. Die auch für die kirchliche Jugendarbeit wichtigste und zugleich banalste Erkenntnis der jüngeren Jugendforschung ist die, daß von *der* Jugend nicht mehr sinnvoll geredet werden kann. Jugend hat sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierungsprozesse derart differenziert, daß eine generalisierende Aussage über sie kaum mehr möglich ist. Geprägt wird die Jugendphase heute mehr denn je durch den Aspekt der schulischen Ausbildung. Jugendzeit ist